



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

07. März 2019

Wochenbericht KW 10

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 31 % bzw. 30 %, SPD bei 17 % bzw. 16 % Grüne bei 20 % bzw. 16 %, AfD bei 14 % bzw. 11 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	30 (-)	31 (+2)
SPD	16 (-)	17 (-1)
FDP	9 (-)	8 (-)
DIE LINKE	8 (+1)	9 (-1)
B'90/Grüne	20 (-)	16 (-)
AfD	11 (-1)	14 (-)
Sonstige	6 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.	28.02.-06.03.

Die Union liegt bei forsa 14 (-) und bei Emnid 14 (+3) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	44 (-1)
Nahles	12 (-1)
Kramp-Karrenbauer	40 (-)
Scholz	21 (+1)
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 32 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 19 (-1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (10.03.2019)

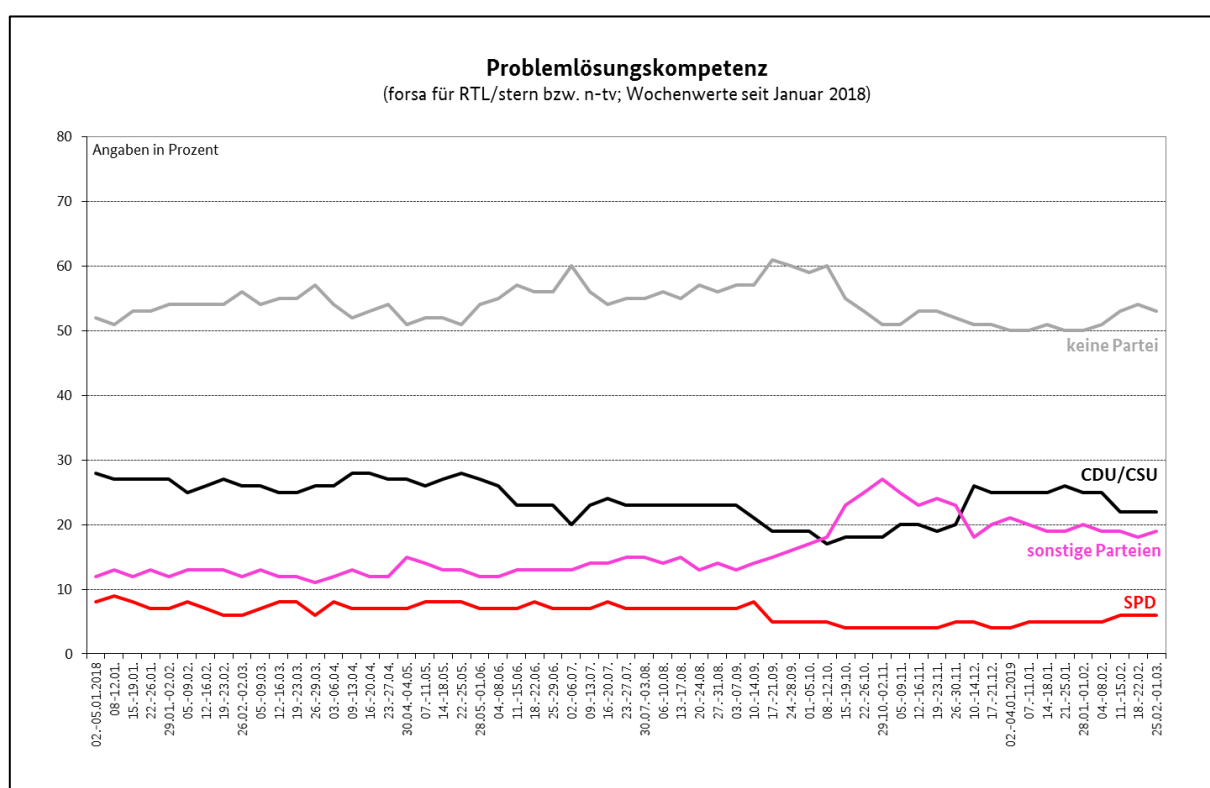
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	22	(-)
SPD	6	(-)
sonstige Parteien	19	(+1)
keine Partei	53	(-1)
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

53 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



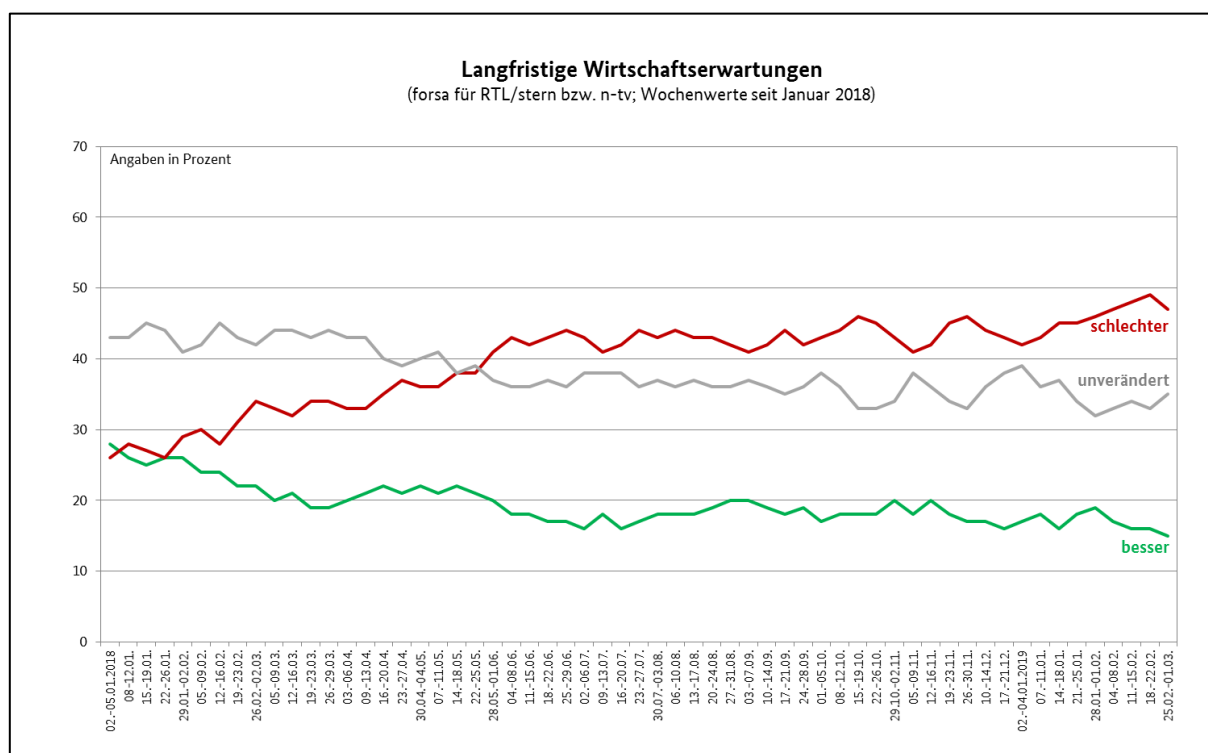
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	15	(-1)
schlechter	47	(-2)
unverändert	35	(+2)
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 32 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht. Dieser liegt bei 15 %; das ist der niedrigste Wert seit Dezember 2016.



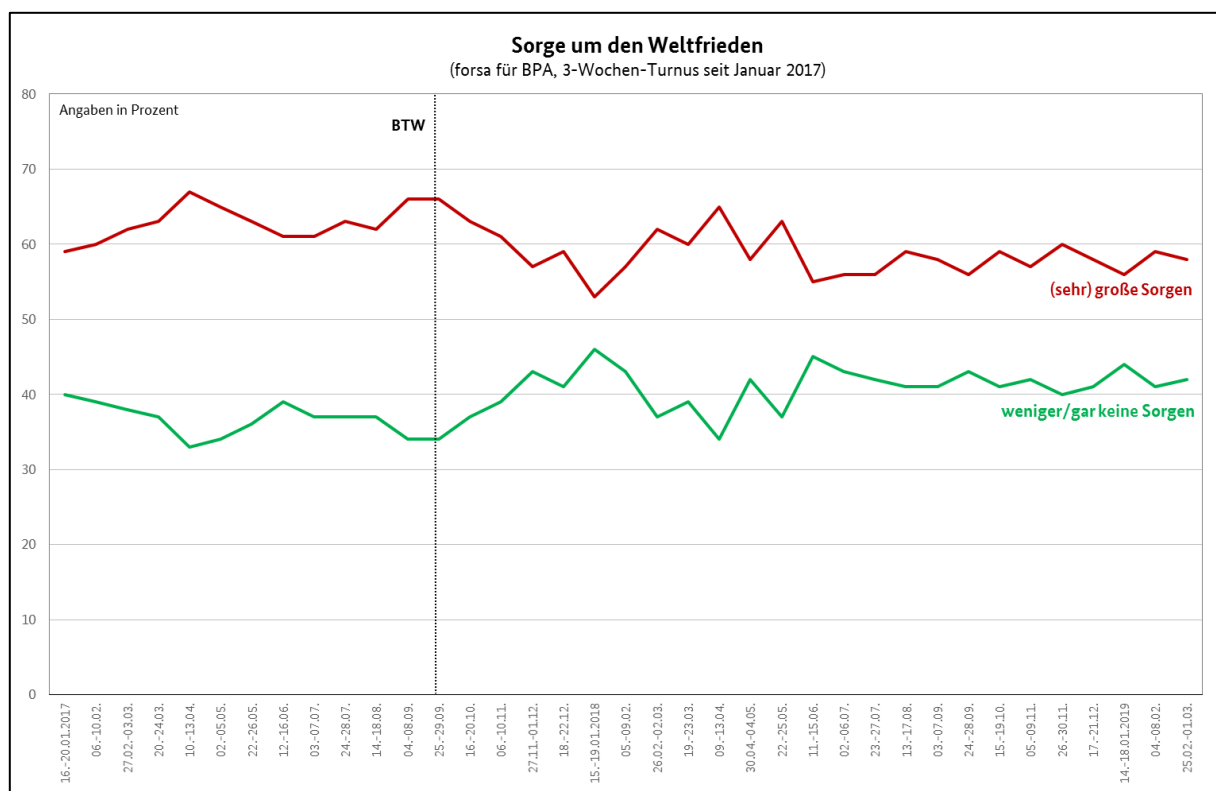
Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
sehr große	12 (+1)	
große	46 (-2)	
wenig	33 (+1)	
keine	9 (-)	
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.	

Ostdeutsche (64 %) sowie Anhänger der SPD (65 %), der Grünen und der Linkspartei (jew. 63 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (70 % zu 47 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (70 % zu 42 %).

Anhänger der AfD (48 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.



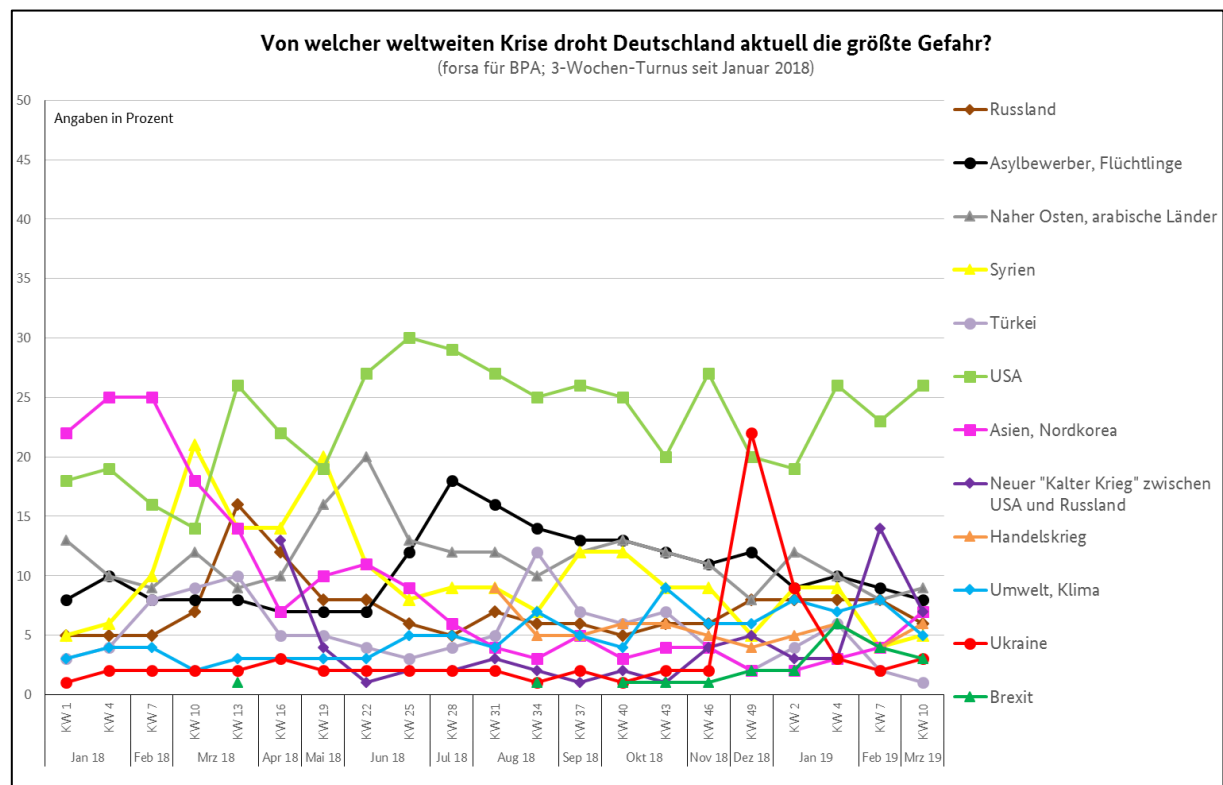
Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA
USA	26 (+3)
Naher Osten, arabische Länder	9 (+1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8 (-1)
Neuer "Kalter Krieg" zwischen USA und Russland	7 (-7)
Asien, Nordkorea	7 (+3)
Handelskrieg	6 (+2)
Russland	6 (-2)
Umwelt, Klima	5 (-3)
Syrien	5 (+1)
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.

Von den Bundesbürgern werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der Grünen (35 %), der Union und der Linkspartei (jew. 31 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Bedrohung für Deutschland. Frauen nennen diese Gefahr häufiger als Männer (32 % zu 20 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (36 % zu 12 %).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

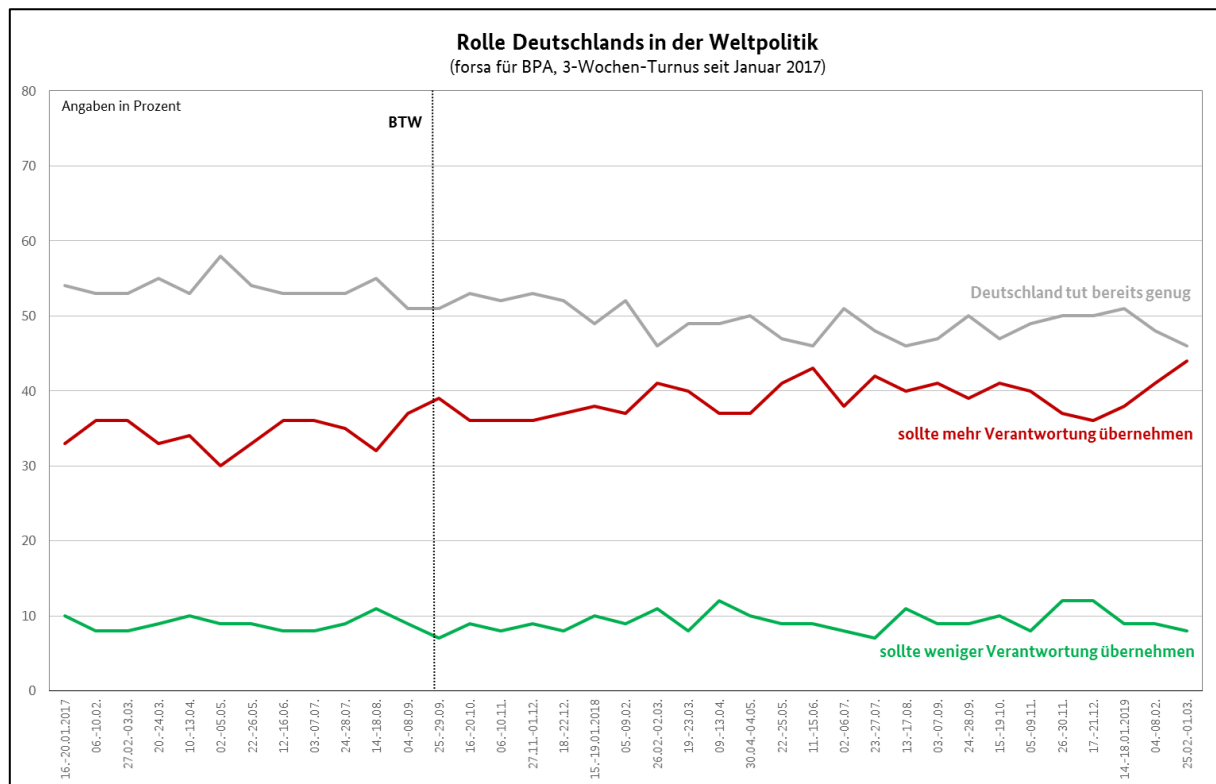
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	44 (+3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (-1)
Deutschland tut bereits genug	46 (-2)
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.

Unter 30-Jährige (55 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (49 %) sowie Anhänger der Linkspartei (58 %), der Grünen (53 %) und der FDP (52 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Ostdeutsche (13 %) und Anhänger der AfD (16 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (58 %), 45- bis 59-Jährige und Geringverdiener (jew. 51 %) sowie Anhänger der Union (52 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

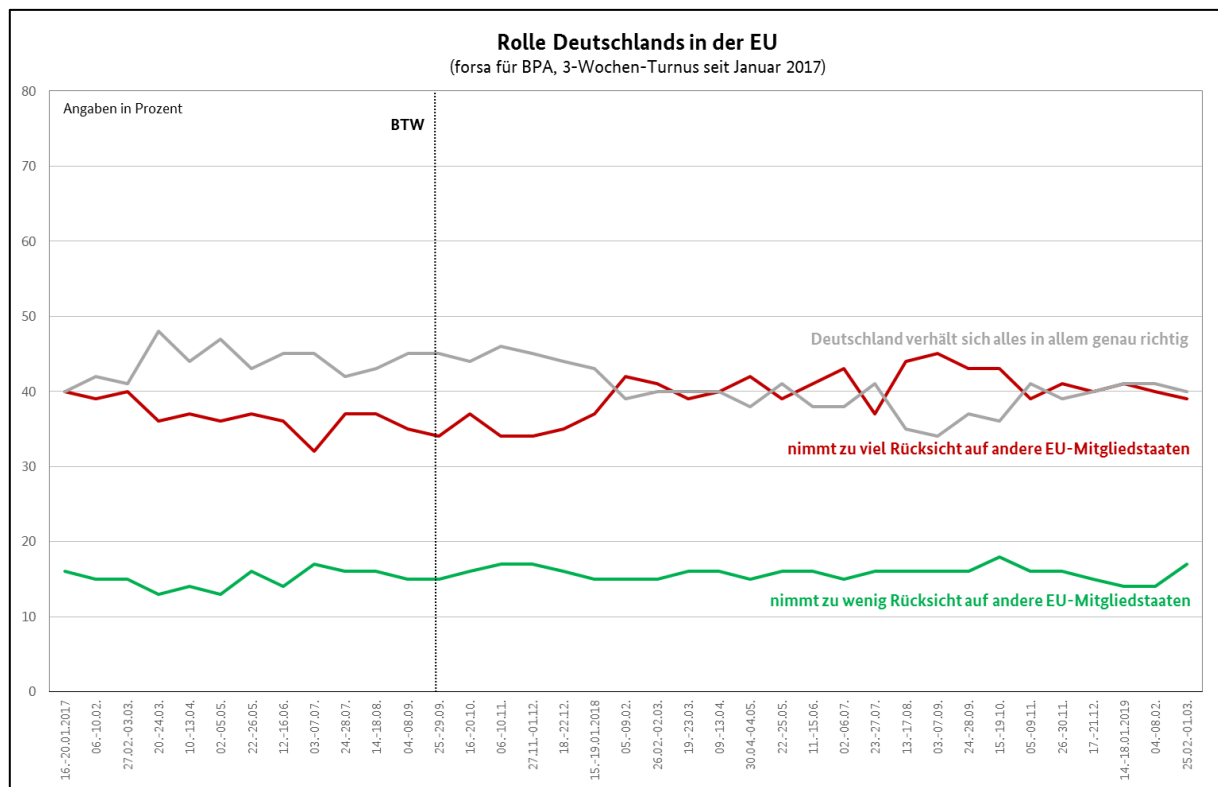
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	39 (-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	17 (+3)
verhält sich alles in allem genau richtig	40 (-1)
Erhebungszeitraum	25.02.-01.03.

Personen mit einfacher formaler Bildung (50 %) und 30- bis 44-Jährige (48 %) sowie Anhänger der AfD (69 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind Anhänger der Linkspartei (38 %) überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der SPD (50 %), der Grünen (49 %) und der FDP (45 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	10 (+2)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	8 (-2)
US-Präsidentschaft Donald Trump	6 (-1)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	6 (-11)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (-)
EU-Urheberrechtsreform/Artikel 13	5 (+1)
Erhebungszeitraum	05.-06.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente"; allerdings entfallen auf die weiteren Themen nur geringfügig weniger Nennungen.

Über 65-Jährige (16 %) sowie Anhänger der FDP (27 %) und der Linkspartei (15 %) nennen die Rentenpolitik überdurchschnittlich häufig. Anhänger der Grünen (4 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

